

S a t z u n g

Aufgrund der §§ 8, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl.I. S.341), der Verordnung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (Baunutzungsverordnung des Bundesministeriums für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung) vom 26. Juni 1962 (BGBl.I. S.429) des § 1 der zweiten Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 27. Juni 1961 (Ges.Bl.S.208) und des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges.Bl.S.129) in Verbindung mit § 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg vom 6. April 1964 (Ges.Bl.S.151) hat der Gemeinderat der Stadt Ettlingen am die im Inhalts-
verzeichnis aufgeführten zeichnerischen und schriftlichen Festsetzungen als

S a t z u n g

beschlossen.

§ 1

Der Bebauungsplan erstreckt sich über ein Teilgebiet des Gewann "Vordersteig", das
im Norden von der Steigenhohlstraße,
im Osten von der Zufahrtsstraße zum Höhenrestaurant
"Vogelsang"
im Süden von der Südseite der Grundstücke Lgb.Nr.
1834, 1703, 1710 und 1712
im Westen von der Westseite des Grundstücks Lgb.Nr.
1724/2
begrenzt wird.

Im übrigen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Plangebiets aus den zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes.

§ 2

Die Satzung tritt gemäß § 12 Bundesbaugesetz (BBauG) in Kraft.

Ettlingen, den 11. DEZ. 1968

Bürgermeisteramt:



[Handwritten signature]
(Rimmelspacher)
Oberbürgermeister

Regierungspräsidium Nordbaden

75 KARLSRUHE 1, den 24. März 1969

Nr. 13-24/0221/13

(Bei Antwortschreiben bitte angeben)

Postfach 5343
Schloßplatz 1-3 (Eingang Kronenstr.)
Fernsprecher: Ortskennzahl 0721
Durchwahl 135.....
Vermittlung 1351 (Staatszentrale)
Fernschreiber 07 825 621

Regierungspräsidium Nordbaden, 75 Karlsruhe 1, Postfach 5343

An d a s

Bürgermeisteramt

7505 E t t l i n g e n



Betr.: Bebauungsplan der Stadt Ettlilingen "Beim Gewann Vordersteig
hier: Genehmigung nach § 11 BBauG, 111 Abs.5 LBO

Bezug: Bericht vom 22. Januar 1969

Anlg.: 2 Fertigungen Bebauungsplan

1 Heft Akten

1 Doppelschrift

Der durch Beschluß des Gemeinderats Ettlilingen vom 11. Dez. 1968 gem. § 9 10 BBauG als Satzung beschlossene Bebauungsplan und die gleichzeitig vom Gemeinderat gem. § 111 LBO als Satzung beschlossenen örtlichen Bauvorschriften für das oben genannte Gebiet werden nach § 11 Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) und § 111 Abs. 5 Satz 2 Landesbauordnung vom 6. April 1964 (Ges. Bl. S. 151) genehmigt. Ausgenommen von der Genehmigung ist die Parkfläche vor dem Höhenrestaurant Vogelsang. Die Parkfläche erfordert an dieser Stelle sehr hohe Stützmauern und führt zu Beeinträchtigungen der außerhalb geplanten Wohnbebauung.

Der Bebauungsplan besteht aus zeichnerischen bzw. schriftlichen Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 BBauG und § 111 LBO. Er genügt den Mindestforderungen des § 30 BBauG. Dem Plan ist eine Begründung nach § 9 Abs. 6 BBauG beigelegt.

Der genehmigte Bebauungsplan mit Begründung ist nach Streichung der genannten Parkflächen öffentlich auszulegen. Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung sind ortsüblich bekanntzumachen

Mit der Bekanntmachung wird der Bebauungsplan rechtsverbindlich (§§ 12 BBauG, 111 Abs.5 Satz 1 LBO). Der Vollzug der Bekanntmachung ist uns nachzuweisen.

Mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplans tritt eine für dieses Gebiet etwa bestehende Veränderungssperre außer Kraft (§ 17 Abs.5 BBauG).

Jedermann kann Einblick in den Bebauungsplan und die Begründung nehmen und Auskunft über ihren Inhalt verlangen. (§ 2 Abs.8 BBauG)

Die Erhebung von Kosten durch uns unterbleibt nach § 5 Ziff.7 des Landesgebührengesetzes vom 21.März 1961 (Ges.Bl.S.59).

Je eine Fertigung des Bebauungsplans und der Begründung haben wir zu unseren Akten genommen. Eine beglaubigte Abschrift des Gemeinderatsbeschlusses vom 11.Dezember 1968 bitten wir uns für unsere Akte nachzureichen. Doppelschrift liegt bei.



Im Auftrag

gez. BRADEMANN

Beglaubigt

K. Apple
Angestellte